

Stellungnahme zum Antrag

CDU-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2023/0587**

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SJB**

Haus für Alle: Beratungs- und Begegnungszentrum

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	27.06.2023	24	x	
Sozialausschuss	12.07.2023	9	x	

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung empfiehlt, aus finanziellen Gründen den Antrag derzeit nicht weiter zu verfolgen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

1. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit in der Lammstraße 9 ein „Haus für Alle“ eingerichtet werden kann, in dem zum Beispiel Beratungsangebote und Treffpunkte für Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren sowie queere Menschen etabliert werden.

Die Einrichtung eines „Haus für Alle“ ist derzeit aufgrund der Haushaltssicherung nicht realistisch umsetzbar. Darüber hinaus stehen der Stadtverwaltung keine Personalressourcen zur Verfügung, um den notwendigen Abstimmungs- und Entwicklungsprozess für ein solches Vorhaben zu organisieren.

Auch konzeptionell verfolgt die Stadtverwaltung in Bezug auf Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren sowie für Menschen mit Behinderungen mit den Bürgerzentren vorrangig einen sozialraumorientierten Ansatz. Inklusive Angebote im Sozialraum entsprechen auch der Intention des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Die Evaluation des Pflegestützpunktes hat zudem ergeben, dass der Pflegestützpunkt vor allem telefonisch und per E-Mail kontaktiert wird und dass pflegebedürftige Menschen zugehende Beratung in Form eines Hausbesuches oder telefonische Beratung benötigen und wünschen. Perspektivisch reduziert der Pflegestützpunkt daher offene Sprechzeiten für „Laufkundschaft“ zugunsten von quartiersnahen Angeboten, intensiver Pflegeberatung und Hausbesuchen (*vgl. Vorlage 2023/0106*).

2. Die Stadtverwaltung tritt mit dem Verein queerKastle e.V. in Kontakt und prüft gemeinsam, ob die Räumlichkeiten in der Lammstraße 9 die Anforderungen für ein queeres Zentrum erfüllen.

Die Stadtverwaltung steht mit dem Verein queerKastle e.V. in Kontakt und ist über dessen Vorhaben eines queeren Zentrums informiert. Eine finanzielle Förderung durch die Stadt Karlsruhe ist jedoch aufgrund der Haushaltssicherung nicht darstellbar. Daher ist eine Prüfung von Räumlichkeiten aus Sicht der Stadtverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend.

3. Für den Fall, dass die Räumlichkeiten in der Lammstraße 9 ungeeignet sind, prüft die Stadtverwaltung proaktiv, welche andere Immobilie in Zentrumsnähe zur Nutzung für ein queeres Zentrum infragekommen könnte.

s. Antwort zu 2.